

10.07.2021

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

in den letzten Wochen gab es viel Bewegung beim „ruhenden Verkehr“.

Zur Vorgeschichte: In der Oktaviostraße im Bereich zwischen Nr. 5 und 45 auf der einen und Nr. 22 bis 54 auf der anderen Seite, also einer Strecke von insgesamt 37 Grundstücken, gab es immer wieder einmal Gespräche, wie man gegen zu schnell fahrende PKW vorgehen könnte. (Eine ganz einfach umzusetzende Lösung: auf der Straße an zwei Stellen mit weißer Farbe „30“ als Signal aufbringen - bietet sich von Osten nach der Kreuzung Kielmannseggstraße und von Westen nach der Einmündung der Ahornstraße an. Zusätzlich circa in der Mitte bei Haus Nr. 32 a eine weiße Markierung, die zeigt, dass an dieser Stelle halb auf der Straße zu parken ist.)

Ein Anwohner der Oktaviostraße hat bei der Polizei Meldung gemacht, dass gegen die „Raser“ vorgegangen werden muss. Es gab keine Radarkontrolle, es gab auch kein Gerät, das die gefahrene Geschwindigkeit anzeigt, es gab nur eine subjektive Einschätzung. (Diese „Wahr“nehmung, entschleunigt durch Corona, müsste sicher kritisch hinterfragt werden. Inzwischen wünschte der Anwohner, nie aktiv geworden zu sein, weil er die Folgen seines Vorstoßes sieht und das so nicht gewollt hat, sagt ein Nachbar.) In diesem Bereich gibt es keine Kita, keine Schule, keine Senioren-wohnanlage. Von Unfällen aufgrund unangepasster Geschwindigkeit ist nichts bekannt.

In der gesamten 30-er Zone (Oktaviostraße bis Stoltenbrücke) mit insgesamt ca. 350 Grundstücken (überwiegend Mehrfamilienhäuser und Wohnanlagen) sind in den vergangenen Jahren die Seitenstreifen befestigt worden; so wurden mehr als 200 Parkmöglichkeiten geschaffen – doch wohl, um § 12 Abs. 4 StVO zu entsprechen. (Die Kosten dafür wurden übrigens den Anliegern in Rechnung gestellt.) Im Frühjahr dieses Jahres wurden die letzten Baumschutzmaßnahmen und Befestigungen der Seitenstreifen durchgeführt. Leider ist danach versäumt worden, die erforderlich blauen Schilder aufzustellen, die das Parken dort erlauben. Die Anwohner haben also die Kosten getragen, dürfen aber nicht dort stehen, sondern sind gezwungen, ihr Privateigentum am rechten Fahrbahnrand abzustellen, weil die Polizei dies für eine geeignete Maßnahme hält, die die Geschwindigkeit zu senken. Das empfinden viele zu Recht als zynisch. Es passt allerdings leider in den bunten Strauß von Maßnahmen, die sich gegen Autofahrer in Hamburg richten. Blechschäden und abgefahrte Seitenspiegel an SUVs oder Wohnwagen sind schon aufgetreten, ob es größere Schäden oder Unfälle gab, müsste bei der Polizei erfragt werden. Die Polizei wird zumindest öfter gerufen als früher. Das dürfte sich auch auf die Beiträge für die Kfz-Versicherung auswirken, die in Hamburg sowieso schon extrem hoch sind. Die Natur erobert sich diese Bereiche allerdings schon zurück, die durch die Aktion vom 27. April dieses Jahres jetzt nicht mehr genutzt werden dürfen.

Der dazu verteilte Informationszettel (ein Exemplar lasse ich Ihnen zukommen) zeigt eine Straßenbreite, die hier an keiner Stelle gegeben ist: alle Straßen sind zweispurig, einige knapp 5 ½ m breit, es gibt zwei Sackgassen (Luisenstraße und Nöpps), es gibt ein Stück Einbahnstraße (Ende der Kielmannseggstraße). Zudem besteht nicht die Notwendigkeit, in einer 30-er Zone die Geschwindigkeit zu senken; die Straßenverläufe und die rechts vor links-Vorschrift sorgen dafür, dass weitgehend Tempo 30 gefahren wird. Die Fahrzeuge, die in diese Zone hineinfahren, sind zum allergrößten Teil Anlieger, einige wenige verirren sich, weil sie glauben, eine Abkürzung gefunden zu haben.

Auch das Argument mit dem Freihalten der Fußgängerbereiche zieht hier nicht. Um die Straßen zu überqueren, nutzen wir die Kreuzungen und einander halbwegs gegenüberliegende Einfahrten, denn durch die Bäume, die Schutzmaßnahmen für die

Bäume und das teilweise bis in Brusthöhe wuchernde „Straßenbegleitgrün“ mit integriertem Hundeklo haben wir keine andere Wahl.

Das Hamburger Wochenblatt hat auf unsere Bitte reagiert, einen Artikel zu diesem Thema zu veröffentlichen (Ausschnitt lasse ich Ihnen zukommen).

Es gab eine Aktion von Herrn [REDACTED] die auf reges Interesse gestoßen ist (ein Exemplar lasse ich Ihnen zukommen).

In der Kielmannseggstraße wurde ein neues Schild (315) aufgestellt, allerdings war es dort weder notwendig, denn bei Haus Nr. 65 steht eines, noch war der Platz – direkt neben der Garageneinfahrt von Haus Nr. 67a – klug gewählt, denn es wurde inzwischen umgesetzt, bleibt aber entbehrlich.

Die Verkehrssituation hat sich in zwei Straßen massiv verschlechtert (Oktaviostraße und Kielmannseggstraße, dort stehen zusätzlich zu den PKW immer Anhänger von Abschleppfirmen, die das Vorbeifahren schwierig machen), in der Ernst-Albers-Straße gibt es zeitweilig Probleme. Die Polizei wird öfter gerufen. Das zu dichte Parken an Einfahrten und Kreuzungen hat zugenommen. Das Abbremsen und Beschleunigen der Fahrzeuge erhöht den Lärmpegel und ist schädlich für die Umwelt, zum Teil wird sehr schnell gefahren, um an einer ganzen Reihe von geparkten Fahrzeugen vorbeizukommen. Ich habe schon öfter beobachtet, dass ein Fahrzeug in eine Einfahrt fahren muss, damit der Verkehr wieder fließen kann. Was auch ein Problem ist: rücksichtslose Fahrer erzwingen das Rückwärtsfahren von Senioren an vielen Autos vorbei – wenn keine Einfahrt vorhanden ist – bis zur nächsten Kreuzung, weil sie sich im Recht fühlen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis da etwas passiert.

Wir Anwohner hoffen nach wie vor, dass der Zustand vor dem 27. April weitestgehend wiederhergestellt wird, wir aber durch das Aufstellen der blauen Schilder Rechtssicherheit erhalten, damit die aufgewendeten Kosten für die befestigten Seitenstreifen nicht ein Fall für den Rechnungshof für die Verschwendung von Steuergeldern werden.

Und es kann doch nicht sein, dass ein lokales Problem, das circa 10 Prozent der Grundstücke betrifft, Auswirkungen auf die 90 Prozent der Grundstücke hat, bei denen es offensichtlich keinerlei Handlungsbedarf gibt. Wir hoffen sehr, dass Bezirk und Polizei bald eine Lösung erarbeiten, die allen Betroffenen gerecht wird. Allerdings habe ich erste Zweifel... Eine Freundin hat mir ein Foto dieses Briefes an ihre Nachbarin gegeben:

„Sehr geehrte Frau [REDACTED]
wie ich in meiner 1. Antwort schon geschrieben habe, werden die Erfahrungen mit der neuen Situation zeigen, ob an der ein oder anderen Stelle nachgebessert werden muss. Derzeit erarbeiten wir gemeinsam mit dem Bezirksamt Wandsbek eine Neuordnung des ruhenden Verkehrs und hoffen, dass diese Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können. Nach Umsetzung dieser Maßnahmen sollten sich die Probleme erledigt haben.
Mit besten Grüßen [REDACTED] PK 37“

Wie soll eine „Nachbesserung“ aussehen?

Sollen jetzt statt über 200 Plätzen nur knapp unter 200 Plätze wegfallen?

Sollen vielleicht an einigen Stellen noch zusätzlich Parkverbote eingerichtet werden, um die Situation weiter zu verschlechtern statt die Schilder 315 aufzustellen?

Danke für Ihre Zeit und Geduld und bis zum 12. August.

Mit freundlichem Gruß

[REDACTED]